
Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Schul- und hochschulpolitische Leitlinien

Kernforderungen des Papiers:

1. Der Kindergarten muss Schulreife sichern. Nur Kinder, die ausreichend Deutsch können, haben die Chance, sich aktiv am Unterricht zu beteiligen und von Anfang an erfolgreich zu lernen.
2. Ausbildungsreife: Schulen sollen verstärkt den Übergang von der Schule in die Ausbildung begleiten und die Anforderungen der Arbeitswelt im Blick haben.
3. Alle weiterführende Schulen müssen eine systematische Berufsorientierung anbieten. Auch Gymnasiasten brauchen Berufs- und Studienorientierung.
4. Die MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) muss in der Schule einen größeren Stellenwert erhalten. Dazu gehört regelmäßiger und praxisorientierter Unterricht von der Grundschule bis zum Abitur.
5. Die Schule muss eine ökonomische Grundbildung vermitteln.
6. Wir brauchen eine praxistaugliche Lehreraus- und Lehrerfortbildung, die Kenntnisse über Berufe und die Arbeitswelt außerhalb der Schule einschließt.
7. Trotz unterschiedlicher Bildungssysteme in den Ländern müssen Bildungspolitiker gesamtstaatliche Verantwortung erfüllen. Gemeinsame Bildungsziele müssen verbindlich und bundesweit durchgesetzt werden.
8. Die Ziele des Bologna-Prozesses wie eine bessere Beschäftigungsfähigkeit sind aus Unternehmenssicht richtig und müssen deshalb konsequent umgesetzt werden.
9. Der Stellenwert der Lehre an den Hochschulen und die Praxisorientierung in den Studiengängen müssen gestärkt werden.

- 10. Berufsbegleitende Studienangebote müssen ausgebaut und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung verbessert werden.**
- 11. Für hervorragend ausgebildete Fachkräfte brauchen wir bestmögliche und finanziell gut ausgestattete Hochschulen, die Verantwortung für den Studienerfolg übernehmen.**

Inhalt:

	Seite
Einleitung	4
I. Frühkindliche Bildung	4
II. Schule	
Ausbildungsreife	5
Berufsorientierung	7
MINT-Bildung	9
Ökonomische Bildung und Unternehmerische Kompetenzen	10
Lehrerbildung	11
Schulpolitik	12
III. Hochschule	
Bologna-Prozess	13
Lehre und Praxis	15
Studiengänge und Angebote	16
Hochschule und Organisation	17

Einleitung

Die Unternehmen in Deutschland schöpfen einen großen Teil ihrer Wettbewerbsfähigkeit aus der hohen Qualifikation ihrer Fachkräfte. Sie sind deshalb auf leistungsfähige Schulen und Hochschulen angewiesen. Sie müssen darauf vertrauen können, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Grundwissen und Kulturtechniken, praktische Fertigkeiten sowie Lern- und Sozialkompetenzen für einen erfolgreichen Übergang ins Berufsleben in den Schulen erlernen. Von Hochschulabsolventen erwarten sie ein exzellentes Fachwissen auf hohem wissenschaftlich-technischem Niveau und die Fähigkeiten, in unterschiedlichen Arbeitskontexten selbstständig erfolgreiche Problemlösestrategien zu entwickeln. Erst recht unter dem Einfluss der demografischen Veränderungen muss es einen Konsens geben, dass in der Bildung das Wachstums- und Zukunftspotenzial Deutschlands liegt. Schulen und Hochschulen haben einen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen. Dieser liegt u. a. darin, die junge Generation vorzubereiten auf künftige Lebensanforderungen in Beruf und Alltag.

Da Deutschland ein Land mit föderaler Bildungsverantwortung ist, kommt es zudem darauf an, dass Bildungsabschlüsse für die Unternehmen vergleichbar werden sowie hinsichtlich ihrer Qualität zuverlässig ein ambitioniertes Niveau widerspiegeln.

Mit den vorliegenden politischen Leitlinien für ein modernes und leistungsfähiges Schul- und Hochschulsystem ergänzt der DIHK auf der Basis seiner wirtschaftspolitischen Positionen seine Forderungen für eine bessere Schul- und Hochschulbildung.

I. Frühkindliche Bildung

Nach der Veröffentlichung der PISA-Studie 2001 gab es rasch einen breiten gesellschaftlichen Konsens: Lernen kann und muss früher beginnen als mit dem ersten Schultag. Andere Länder machen dies schließlich erfolgreich vor. Bis dahin galt der Kindergarten in erster Linie als Betreuungseinrichtung. Die OECD bezeichnete die frühkindliche Bildung in Deutschland 2004 als „anspruchlos“. Dabei beweisen Untersuchungen, dass frühkindliche Bildung und Sprachförderung grundlegend sind für den späteren Schulerfolg und damit mittelfristig wesentlichen Einfluss auf Ausbildungsreife oder Studierfähigkeit haben. Kinder mit Defiziten in ihrer frühkindlichen Bildung und Entwicklung können diese in den Schulen kaum aufholen.

Als Konsequenz aus PISA bekam der Kindergarten am Beginn des neuen Jahrtausends daher einen verbindlichen Bildungsauftrag, nämlich: Schulreife und die Beherrschung der deutschen Spra-

che zu sichern. Seitdem haben die Länder Bildungspläne für den Kindergarten erarbeitet und Sprachstandsfeststellungen eingeführt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Sprachfördermaßnahmen nicht überall die erhoffte Wirkung zeigen. Noch immer werden zu viele Kinder mit Sprachdefiziten eingeschult.

Potenziale:

- Die Bildungspläne müssen in den Kindertagesstätten konsequent umgesetzt werden. Eine länderübergreifende Vergleichbarkeit der Bildungsziele sollte selbstverständlich sein.
- Die Sprachförderung muss weiter verbessert werden. Dazu müssen die Sprachförderangebote in den Ländern auf ihre Wirksamkeit untersucht und bei Bedarf angepasst werden. Spätestens bei Schuleintritt müssen alle Kinder die deutsche Sprache so beherrschen, dass sie sich aktiv am Unterricht beteiligen können und damit von Anfang an die Chance erhalten, ihre Potenziale zu entwickeln.
- Die neue Bildungsverantwortung der Kindertageseinrichtungen erfordert entsprechend ausgebildetes Personal. Im Erzieherberuf sollte es differenzierte Qualifikationsstufen geben, z. B. auch auf wissenschaftlichem Niveau. Die Weiterbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher sind quantitativ auszubauen und qualitativ anzupassen.

II. Schule

Ausbildungsreife

Die Unternehmen haben ein vitales Interesse daran, dass die Schulbildung in Deutschland international konkurrenzfähig ist. Denn sie können selbst nur auf den internationalen Märkten bestehen, wenn sie mit innovativen Produkten und Dienstleistungen einen Qualitäts- oder Kreativitätsvorsprung erzielen. Dafür brauchen sie kluge Köpfe. Die berufliche Qualifikation ihrer Spezialisten und Fachkräfte leisten sie überwiegend selbst. Sie erwarten, dass dafür in der Schule die notwendigen Grundlagen gelegt werden, dass also Jugendliche am Ende ihrer Schulzeit ausbildungsreif sind. Das bedeutet vor allem: Die Schulen dürfen nicht Jahr für Jahr Tausende Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss und ohne ausreichende Kompetenzen in ihre Zukunft entlassen. Sie müssen gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Partnern auch Verantwortung für den Anschluss übernehmen.

Ausbildungsreife bezeichnet ein Bündel von Wissen, Fähigkeiten und Eigenschaften, die es Schulabgängern ermöglichen, erfolgreich eine Lehre zu absolvieren. Gut lesen können, den Sinn von Texten erfassen, weitgehend fehlerfreies Schreiben, das Beherrschen wichtiger Rechenverfahren, geometrisches und räumliches Verständnis, naturwissenschaftliche und Fremdsprachenkenntnisse sowie Grundkenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge gehören dazu. Aber das ist es nicht allein. Unternehmen setzen auch auf soziale und persönliche Kompetenzen wie zum Beispiel Zuverlässigkeit, Einsatzbereitschaft, Teamfähigkeit, Belastbarkeit und Durchhaltevermögen sowie auf die Bereitschaft und Fähigkeit, ein Leben lang weiterzulernen.

Das vergangene Jahrzehnt nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl schulpolitischer Reformen. So wurden erstmals in Deutschland nationale Bildungsstandards entwickelt. Es wurde begonnen, die Arbeit der Schulen an Hand von Qualitätskriterien zu evaluieren. Ganztagschulen werden eingerichtet und vielerorts neue Lehr- und Lernkonzepte erprobt. Es ist viel Bewegung im deutschen Schulsystem und das Bemühen um den Anschluss an das Leistungsniveau internationaler Vorbilder ist unverkennbar. Gleichwohl hält die Änderungsdynamik nicht mit den Erfordernissen des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels Schritt.

Potenziale:

- Schulen müssen ihre Arbeit im Sinne ihrer Schülerinnen und Schüler anschlussorientierter ausrichten. Sie bereiten ihre Schülerinnen und Schüler nicht allein und in erster Linie auf die Abschlussprüfungen vor, sondern auf das Leben danach. Deshalb sollte der Lernstoff deutlich praxis- und lebensnäher sein als heute. Enge Kooperationen mit Unternehmen und anderen Institutionen, wie zum Beispiel Vereinen, Kultur- und sozialen Einrichtungen bieten sich dafür an.
- Notwendig sind bundesweite Bildungsstandards über die bisher vorhandenen in den Kernfächern hinaus, um einen länderübergreifenden Kanon der Allgemeinbildung zu entwickeln. Mindestanforderungen müssen ein Kompetenzniveau beschreiben, das eine erfolgreiche berufliche Ausbildung ermöglicht. Sie dürfen nicht nach Belieben nach unten abgesenkt werden.
- Länderübergreifende zentrale Abschlussprüfungen für alle Schulabschlüsse gewährleisten die bundesweite Vergleichbarkeit und schaffen Transparenz für die Unternehmen im föderalen Bildungssystem.
- Lernförderprogramme und Konzepte für individuelles Lernen müssen in den Schulen entwickelt werden. Sie müssen allen Schülerinnen und Schülern - leistungsstarken wie lernschwächeren -

zur Entwicklung ihrer Potenziale zugute kommen. Darüber hinaus dienen sie auch der Mobilität der Fachkräfte der Wirtschaft, denn im Falle eines Familienumzuges ermöglichen es individuelle Lernpläne, den Kindern sich in der neuen Schule einzugewöhnen und eventuelle Lernrückstände aufzuholen.

- Der bildungspolitische Fokus auf der Förderung der lernschwächeren Schülerinnen und Schüler sowie Inklusion darf nicht zur Vernachlässigung der Begabtenförderung führen.
- Der Ausbau der gebundenen oder teilgebundenen Ganztagsangebote sollte forciert werden. In diesen Ganztagsschulformen kann das Lernen über den Tag verteilt strukturiert werden und individuelle Förderung, Hausaufgabenhilfe und fakultative Lernangebote besser miteinander verzahnt werden. Dies ist zudem für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für viele Eltern eine wichtige Entlastung.
- Schulen müssen mehr als bisher Verantwortung für den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler übernehmen. Die Kinder und Jugendlichen sind ihnen im Rahmen der gesetzlichen Schulpflicht anvertraut. Daraus ergibt sich zugleich eine unbedingte Verpflichtung, die Potenziale und Talente zu erkennen und bestmöglich zu entwickeln. Zwar sollen Schulen selbst entscheiden, mit welchen Mitteln und Methoden sie ihre Aufgaben erfüllen. Die Bildungsadministration muss jedoch konkrete Ziele vorgeben, deren Erreichen sie mithilfe von Zielvereinbarungen prüfen kann.
- Ergebnisse von Vergleichsarbeiten müssen der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich gemacht werden. Für die Unternehmen ist dies wichtig, damit die Abschlüsse der Schulen bei der Einstellung von Bewerbern entsprechend gewertet werden können.
- Selbstverständlich ist es auch die Aufgabe der Bildungseinrichtungen, gesellschaftliche Veränderungen aufzugreifen und auf sich ändernde Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen zu reagieren. Das heißt u. a., digitale Medien und Lernangebote im Unterricht zu nutzen.

Berufsorientierung

Die Berufswahl ist ein entscheidender Baustein einer künftigen Lebensgestaltung. Deshalb sollte der künftige Beruf sorgfältig und fundiert gewählt werden. Leider machen Ausbildungsunternehmen immer wieder die Erfahrung, dass sich Jugendliche falsche Vorstellungen vom Berufsalltag machen und wenig über die Anforderungen in einer betrieblichen Ausbildung wissen. Viele legen sich auf so

genannte „Traumberufe“ fest und schlagen dafür Ausbildungsangebote in weniger bekannten oder begehrten Berufen aus. Nicht selten sind Ausbildungsabbrüche oder unnötige Warteschleifen die Folge.

Eine gute Berufsorientierung in der Schule kann dem abhelfen. Aus Sicht der Wirtschaft ist es daher positiv zu werten, dass die Schulen mehr und mehr dazu übergehen Berufsorientierungskonzepte zu entwickeln, die fester Bestandteil ihres Schulprogramms sind. Für die Schülerinnen und Schüler ergibt sich der Vorteil, dass sie sicherer beurteilen können, welcher Beruf ihren Fähigkeiten und ihren Neigungen entspricht. Auch der Übergang in die Ausbildung wird ihnen erleichtert. Unternehmen profitieren davon, dass die Jugendlichen mit realistischen Vorstellungen ihre Ausbildung beginnen.

Potenziale:

- Die Berufsorientierung in der Schule braucht ein schlüssiges Konzept und Kontinuität. Spätestens ab der 7. Klasse sollten die Schülerinnen und Schüler mit verschiedenen Berufen vertraut gemacht werden. Nicht nur das Fach Arbeitslehre auch andere Fächer können und müssen zur Berufsorientierung und zur Bewerbungsvorbereitung beitragen.
- Die Wirtschaft erwartet, dass die Ausbildungsbetriebe als regionale Kooperationspartner in die Berufsorientierung einbezogen werden. So bieten zum Beispiel die Ausbildungsbetriebe praktische Anschauung und Einblicke in den Berufsalltag. Zudem ermöglichen sie den Austausch mit Auszubildenden und Ausbildern.
- Regelmäßige Praxistage in Unternehmen vermitteln Einblicke in die Arbeitswelt und bereiten die Berufswahl vor. Sie können außerdem die Relevanz des in der Schule Gelernten verdeutlichen. Regelmäßige Praxistage sind ein erfolgreiches Instrument vor allem für schulmüde Jugendliche. Sie sollten jedoch nicht als Regelangebot für alle Schulabgangsklassen eingeführt werden, denn die Betriebe sind kein „Unterrichtersatz“.
- Berufs- und Studienorientierung muss auch an Gymnasien fester Bestandteil des Schullehrplans sein. Immerhin nimmt bis zu ein Drittel der Abiturientinnen und Abiturienten nach der Schule eine Lehre auf. Eine zielgerichtete Berufs- und Studienorientierung kann zur Senkung der Ausbildungs- und Studienabbrecherquote beitragen.
- Die Berufsorientierung sollte auch die Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung aufzeigen. Der berufliche Qualifizierungsweg kann eine attraktive Alternative zum Hochschulstudium sein.

- Der sogenannte Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung ist viel zu unübersichtlich und bringt zu wenige Jugendliche direkt in eine betriebliche Ausbildung. Die zahllosen Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen müssen auf wenige, effektive Instrumente konzentriert werden. Ziel ist es, die Jugendlichen so betriebsnah wie möglich auf eine Ausbildung vorzubereiten. Mehr Effizienz beim Übergang von der Schule in Ausbildung mindert zudem die Zeitverluste bei den Jugendlichen. Bei Kosten von rund vier Milliarden Euro jährlich liegt hier zudem ein großes finanzielles Einsparpotenzial.

MINT-Bildung

In den naturwissenschaftlichen und technischen Qualifikationen ist der Fachkräftemangel der Unternehmen schon heute besonders ausgeprägt. Es fehlen nicht nur Ingenieure und Forscher, sondern auch Meister und Facharbeiter. Durch die demografische Entwicklung droht sich dieser Mangel weiter zu verschärfen. Es kommt daher aus Sicht der Wirtschaft darauf an, die MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) im schulischen Fächerkanon zu stärken und mehr Schülerinnen und Schüler für technische Berufe zu begeistern.

Die PISA-Studie hatte Deutschland zwar im internationalen Vergleich eine gute naturwissenschaftliche Bildung attestiert. Gleichzeitig wurde aber deutlich, dass es weniger als in anderen Ländern gelingt, die Schülerinnen und Schüler mit guten und sehr guten Kompetenzen für entsprechende Berufe zu gewinnen. Potenziale werden außerdem dadurch verschenkt, dass der naturwissenschaftliche Unterricht in Deutschland zu spät beginnt und zu früh endet. Während in Kindergarten und Grundschule die natürliche Neugier der Kinder an Natur und Technik weitgehend ungenutzt bleibt, wird es den Schülerinnen und Schülern in der gymnasialen Oberstufe leicht gemacht, die Naturwissenschaften abzuwählen.

Potenziale:

- Schon in der Grundschule sollte es bundesweit ein Fach „Naturphänomene“ geben. Denn gerade in diesem Alter sind Kinder am neugierigsten und fragen nach Erklärungen für Naturphänomene und nach Funktionsweisen von technischen Spielzeugen und Alltagsgeräten. Die Lernforschung hat gezeigt, dass Kinder naturwissenschaftliche Sachverhalte in diesem Alter durchaus verstehen – nicht mithilfe von Formeln und Definitionen, sondern durch Ausprobieren und Beobachten.
- Naturwissenschaftliche Fächer müssen im schulischen Fächerkanon gestärkt werden. Die PISA-Analysen haben gezeigt, dass die deutschen Schüler besonders aus den Bundesländern

mit der internationalen Spitze mithalten können, wo mindestens vier Stunden naturwissenschaftlicher Unterricht üblich sind. Auch die Kontinuität des Unterrichts ist wichtig.

- Mindestens zwei naturwissenschaftliche Fächer sollen bis zum Abitur verpflichtend sein. Gegenwärtig werden die vermeintlich „schweren“ Naturwissenschaften wie Physik oder Chemie vorschnell abgewählt.
- Der Unterricht selbst muss praxis- und lebensnäher werden. Experimente und forschendes Lernen sind ein wichtiger Schlüssel, um Interesse bei jungen Leuten zu wecken. Unternehmen können den Unterricht durch Praxisbeispiele in Technik und Ingenieurexpertise ergänzen.
- Außerschulische Einrichtungen der MINT-Förderung, wie Schülerlabore und Schülerforschungszentren sowie die Kooperation mit Betrieben sollten stärker in schulische Angebote integriert werden.

Ökonomische Bildung und unternehmerische Kompetenzen

Viele Entscheidungen im Alltag erfordern Wirtschaftskenntnisse: Was bedeutet Brutto- oder Netto-Einkommen? Wofür wird das Haushaltsbudget verwendet? Sparen oder Kredit aufnehmen? Fragen, die jeder für sich beantworten muss und die gleichzeitig in der Masse das Wirtschaftsgeschehen bestimmen. Trotzdem ergeben Umfragen immer wieder, dass Jugendliche (und auch Erwachsene) zu wenig über die soziale Marktwirtschaft und ihre Funktionsweise wissen, um fundiert wirtschaftliche Entscheidungen treffen zu können.

Ein Grund dafür ist, dass der Wirtschaftsunterricht in der Schule zu kurz kommt. Ökonomische Bildung wird entweder in den Wahlpflichtbereich abgedrängt oder im Verbund mit anderen Fächern unterrichtet, wo sie nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die unternehmerische Perspektive, also Wirtschaft nicht nur als Verbraucher und Arbeitnehmer zu betrachten, fehlt in der Schule nahezu komplett - es sei denn, es gibt zufällig eine Schülerfirma, in der aber immer nur einige wenige Schülerinnen und Schüler unternehmerisch aktiv sind. Eine Lehrerausbildung für die ökonomische Bildung und die Vermittlung ökonomischer Handlungskompetenz existiert nicht.

Potenziale:

- Die Schule muss eine ökonomische Grundbildung vermitteln. Dazu braucht es entweder ein Unterrichtsfach Wirtschaft oder zumindest einen fächerübergreifenden Ansatz, in dem für den

Wirtschaftsunterricht verbindliche Zeitkontingente festgelegt sind, die ein kontinuierliches Lernen ermöglichen.

- Auf der Basis der vom Gemeinschaftsausschuss der deutschen gewerblichen Wirtschaft (GA) vorgelegten Bildungsstandards sollte ein bundesweit gültiges Kerncurriculum eingeführt werden.
- Eine Lehrerausbildung mit dem Schwerpunkt ökonomische Bildung ist in allen Ländern zu etablieren.
- Die berufliche Perspektive einer Selbstständigkeit, einer Unternehmensgründung und -führung sollte im Wirtschaftsunterricht stärker berücksichtigt werden. Auch Lehrbücher sollten dem Rechnung tragen und die unternehmerische Sicht ausgewogener darstellen.

Lehrerbildung

Die Schlüsselrolle für eine gute Schulbildung kommt den Lehrkräften zu. Ihr Engagement, ihre Professionalität und ihre beständige Zuwendung sind für den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen ausschlaggebend. Ohne gute Lehrer gibt es keine guten Schulabsolventen und damit auch keine kreativen und versierten Fachkräfte in der Wirtschaft. Eine Investition in eine exzellente Lehrerbildung ist damit eine Investition in die Zukunft der Gesellschaft. Nur mit gut ausgebildeten und motivierten Lehrern, die auch eine reale Vorstellung von der Arbeitswelt außerhalb der Schule haben, ist eine stabile Fachkräftesicherung zu erreichen. Den Modernisierungsbedarf in der Lehreraus- und -fortbildung (Professionalisierung der Lehrtätigkeit, Verbesserung der diagnostischen und methodischen Kompetenzen) haben die Bildungspolitiker und -wissenschaftler, Schulleiter und Lehrerausbilder zwar erkannt. Hier wurden jedoch in jüngster Zeit kaum Fortschritte erzielt.

Potenziale:

- Potenzialanalysen und Praktika am Beginn eines Lehramtsstudiums können Studierenden helfen, ihren Berufswunsch zu reflektieren. Hochschulen sollten Auswahlverfahren etablieren.
- Praktika in der Wirtschaft oder anderen gesellschaftlichen Bereichen außerhalb der Schule sollten Teil jedes Lehramtsstudiengangs sein und auch als Fortbildung hin und wieder wiederholt werden. Dadurch gewinnen Lehrkräfte Wissen und Erfahrung, wie sie für die Berufsorientierung in der Schule hilfreich und notwendig sind.

- Einstiegsmöglichkeiten für Quereinsteiger müssen verbessert werden, um die Lehrerversorgung zu sichern. Besonders in den für die Wirtschaft relevanten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ist der Lehrermangel besonders groß. Ausgestattet mit dem notwendigen pädagogischen Rüstzeug, das nebenberuflich erworben werden kann, sind Quereinsteiger ein Reservoir an Fachleuten, die umworben werden sollten, vor allem weil sie wirtschaftsnahe und praxisrelevante Erfahrungen mitbringen.
- Lehreraus- und -fortbildung müssen die aktuellen Herausforderungen aufnehmen: die wachsende Heterogenität der Schülerschaft, neue Anforderungen an die Elternarbeit, individuelle Förderung, Kooperation mit außerschulischen Partnern und Begleitung des Übergangs in Ausbildung oder Studium.
- Schulleiter sind Manager des Schulbetriebs. Spezielle Fortbildungen sind nötig, damit sie ihren besonderen Aufgaben gerecht werden können: Sie müssen Konzepte entwickeln und umsetzen können und eine darauf aufbauende Budgetplanung vornehmen, sie führen, beraten und entwickeln Personal, sie verhandeln mit externen Partnern und vertreten ihre Schulen nach außen, leiten Lehrerteams an und evaluieren die schulische Arbeit.
- Im Lehrbetrieb Schule werden vielfältige Qualifikationen gebraucht, Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter, Förderlehrer, Koordinatoren für den Ganztagsbetrieb und die Pflege der Kooperationspartnerschaften, z. B. mit Betrieben. Eine entsprechende Vielfalt an Qualifikationsprofilen ist notwendig und erfordert auch ein differenziertes Personalkonzept an den Schulen. Nur so können Lehrkräfte von ausufernden unterrichtsfremden Zusatzleistungen entlastet werden. Die Bildungspolitik muss dafür die Voraussetzungen schaffen.

Schulpolitik

Die internationalen Leistungsvergleiche, denen sich das deutsche Bildungssystem seit der PISA-Entscheidung der Kultusminister stellt, haben ein neues Verständnis von Leistungsorientierung geschaffen. Leistungsmessung wird wieder verstanden als Möglichkeit festzustellen, wo man etwas verbessern kann, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um entstandenen Defiziten begegnen zu können. Unterschiede werden nicht mehr verwischt, sondern beim Namen genannt. Das ist eine gute Basis für konsequente Verbesserungsprozesse im Bildungssystem, von denen sich die Wirtschaft auch Impulse für die Sicherung der Fachkräftebasis verspricht.

Potenziale:

- Deutschland braucht einen Masterplan für Bildung, an den alle Länder gebunden sind. Die Praxis zeigt immer wieder, dass die föderale Bildungsverantwortung an ihre Grenzen stößt, weil die Schulpolitik zum Experimentierfeld für parteipolitische Rechthabereien gerät. Es muss möglich sein, auch in einem Staat mit föderaler Bildungsverantwortung, verbindliche Bildungsziele für alle Länder durchzusetzen. Soll der Bildungsföderalismus Bestand haben, darf er die Mobilität der Fachkräfte und ihrer Familien nicht behindern. Familien, die das Bundesland wechseln, müssen auf eine Unterstützungsstruktur treffen.
- Die Kultusbehörden sollten den Erfahrungsaustausch zwischen den Schulen in ihrem Land organisieren und moderieren. Es gibt viele innovative Schulen, von denen andere lernen können und sollen.
- Schulautonomie muss ernst genommen und durchgesetzt werden. Schulen sollten aus der gegebenen Situation vor Ort selbst entscheiden, welche Wege sie beschreiten. Dabei muss sich die Schulaufsicht als Dienstleister für die Schulen verstehen. Im Gegenzug müssen die Schulen Rechenschaft ablegen und aus den Ergebnissen verbindliche Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit ziehen.

III. Hochschule

Der Bologna-Prozess

Der Bologna-Prozess hat eine größere Dynamik ausgelöst als jede frühere Hochschulreform. Viele Hochschulen haben die Chance genutzt, um innovative Studiengänge zu konzipieren und moderne Lehr- und Lernformen einzuführen. Aus Sicht der Unternehmen müssen diese Modelle Schule machen, um Wirtschaft und Gesellschaft mit ausreichend akademisch ausgebildeten Fach- und Führungskräften zu versorgen.

Die Ziele der Bologna-Reform, wie mehr Mobilität, mehr Wettbewerb und eine Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, wurden allerdings noch nicht überall erreicht. Ursache hierfür ist, dass vielerorts die vorhandenen Gestaltungsspielräume nicht genutzt wurden. Die Hochschulen können selber kreativ werden – es gibt kaum Vorschriften, wie die Ziele der Bologna-Reform umgesetzt werden sollen.

Potenziale:

- Der Bachelor ist ein vollwertiger berufsqualifizierender Abschluss. Die Wirtschaft braucht die Bachelor-Absolventen und hat überwiegend gute Erfahrungen mit ihnen gemacht. Der Abschluss ist eine gute Grundlage für das Berufsleben und den weiteren Bildungsweg in Deutschland und international.
- Ein Master-Studium kann direkt nach einem Bachelor-Studium oder auch nach ein paar Jahren Berufserfahrung aufgenommen werden. Der große Vorteil ist die Flexibilität und die Möglichkeit, den Bildungsweg entsprechend der Tätigkeit im Beruf zu gestalten.
- Ein Zurück zum alten System mit den Abschlüssen Diplom und Magister darf es nicht geben. Hochschulen sollten den positiven Stellenwert der Abschlüsse besser kommunizieren. Auch bisher noch nicht umgestellte Studiengänge sollten in das neue System überführt werden.
- Bei den Studierenden ist die Skepsis noch groß. Deshalb müssen die Hochschulen ihre Freiräume nutzen, um attraktive Studiengänge zu entwickeln und die Studierenden von der Relevanz für den Arbeitsmarkt zu überzeugen.
- Wer will und wer kann soll ein Master-Studium aufnehmen können. Hochschulen müssen genügend Kapazitäten anbieten, um geeigneten Fachkräften eine wissenschaftliche Weiterbildung zu ermöglichen. Einen automatischen Anspruch auf einen Master-Platz darf es aber nicht geben, die Hochschulen sollen sich die Studierenden selber aussuchen können.
- Die Personalentwicklung in den Unternehmen muss sich strategisch auf die neuen Studienmöglichkeiten einstellen. Vor allem Bachelor-Absolventen haben oftmals den Wunsch, nach einigen Jahren Berufspraxis an die Hochschule zu einem Master-Studium zurückzukehren. Unternehmen, die solch eine Weiterbildung ihren Mitarbeitern ermöglichen, sind attraktiver für junge Fachkräfte.
- Insbesondere kleinere Unternehmen, die kaum Erfahrungen mit Bachelor- und Master-Absolventen haben, sollten sich über die Einsatzmöglichkeiten und Vorteile informieren. Hilfreich dafür sind regelmäßige Informationsveranstaltungen seitens der Hochschulen. Ein Diploma Supplement, das Inhalte und Kompetenzen des absolvierten Studiengangs enthält, muss flächendeckend von den Hochschulen ausgestellt werden.

Lehre und Praxis

Gute Qualität in Studium und Lehre – darauf sind Studierende, Unternehmen und Gesellschaft angewiesen. Studierende müssen auf die komplexen und immer neuen Anforderungen des Berufsalltags in Wissenschaft und Wirtschaft vorbereitet werden. Unternehmen brauchen hoch qualifizierte akademische Nachwuchskräfte, um im weltweiten Wettbewerb um innovative Produkte, Dienstleistungen und Produktionsverfahren zu bestehen. Und der zukünftige Wohlstand unserer Gesellschaft hängt in hohem Maße davon ab, ob es gelingt, die Ausbildung an den Hochschulen quantitativ, vor allem aber qualitativ am Bedarf des Arbeitsmarktes auszurichten.

Umfragen des DIHK bei Unternehmen ergeben regelmäßig ein klares Bild: Den Absolventen fehlt es oft an der Fähigkeit, ihr theoretisches Fachwissen in die Praxis umzusetzen. Deshalb sollten Hochschulen die Wirtschaft in die Gestaltung des Studiums mit einbeziehen. Schließlich bleibt der Großteil der Absolventen nicht in der Wissenschaft, sondern geht in die Praxis. Ein Schulterschluss zwischen Hochschulen und Wirtschaft ist notwendig. Nur gemeinsam kann die Berufsbefähigung der Absolventen verbessert werden.

Potenziale:

- Die Aufgabe, Studenten optimal auf das Berufsleben vorzubereiten, muss stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Hochschulen müssen Anreize für gute Lehre und Unterstützung bei mangelhafter Lehre schaffen. Das Bewusstsein für die Bedeutung der Lehre muss insgesamt zunehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems zu sichern.
- Die Inhalte eines Studiums müssen sich an den Anforderungen des Arbeitsmarktes orientieren. Bei der Gestaltung von Studiengängen müssen die Kompetenzen, die ein Absolvent am Ende des Studiums haben soll, berücksichtigt werden. Dazu ist ein intensiverer Austausch zwischen Hochschule und Wirtschaft über die Lehrinhalte notwendig.
- Ein Bachelor-Studium dauert in der Regel 6 Semester, die Länge kann in bestimmten Fällen aber auch flexibel gestaltet werden. Je nach Studiengang und abhängig von den am Ende des Studiums erworbenen Kompetenzen oder integrierten Praxissemestern können es auch 7 oder 8 Semester sein. Dieser Spielraum ist im Bologna-Prozess vorhanden.
- Eine aktive Lernkultur versetzt die Studierenden in die Lage, sich forschungs- und praxisbezogenes Wissen selbst anzueignen. Aktivierende Lehrformen, Projekte oder Fallstudien vermitteln neben höheren Fachkenntnissen auch Problemlösungs- und Schlüsselkompetenzen. Das

kommt den Studierenden später im Arbeitsleben zu Gute. In Prüfungen müssen Studierende neben reinem Wissen auch Handlungskompetenz beweisen.

- Praxisnahe Projekte, Seminare mit Unternehmern und die Möglichkeit ein Praktikum zu absolvieren, müssen in die Studiengänge integriert werden. Studierende erhalten hierfür Leistungspunkte und Betreuung durch die Hochschule. Die Dauer des Praktikums sollte je nach Studiengang und Anforderungen flexibel sein, zumindest aber einen intensiven Einblick in die Unternehmenspraxis ermöglichen.
- Junge Studierende nutzen selbstverständlich neue Medien und soziale Netzwerke. Diese können oftmals den Unterricht bereichern. Es war noch nie so einfach wie heute, Lernnetzwerke zwischen den Studierenden und unter Einbeziehung der Lehrenden und auch der Unternehmen zu knüpfen. Die Hochschulen sollten diese Chance mehr nutzen.
- Praxisnahe, aktivierende Lehr- und Lernformen, erfordern kleinere Lerngruppen. Deshalb muss der Betreuungsschlüssel zwischen Lehrenden und Studierenden verbessert werden. Lehrpreise und Auszeichnungen sorgen für herausragende Reformmodelle. Diese sollen sich im Wettbewerb durchsetzen und zum Regelangebot werden. Nur so werden auch in Zukunft hervorragende Absolventen an den Hochschulen ausgebildet.

Studiengänge und Angebote

Für einen zunehmenden Anteil von Tätigkeiten benötigt die Wirtschaft wissenschaftlich qualifiziertes Personal. Umfragen des DIHK zeigen, dass der Bedarf an dualen Studiengängen groß ist. Sie verbinden die Theorie mit der Praxis und bieten Vorteile für alle Beteiligten. Es muss spezielle Angebote für beruflich Qualifizierte geben, denn Studierende mit Praxiserfahrung bereichern eine Hochschule und das gemeinsame Lernen. Dazu gehören zum Beispiel Teilzeitangebote oder die Anrechnung bereits erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten.

Potenziale:

- Mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung: Für beruflich qualifizierte Fachkräfte ohne Abitur muss die Aufnahme eines Studiums ermöglicht und bereits erworbene Kompetenzen fair angerechnet werden. Zusätzliche Kurse, die zum Beispiel wissenschaftliches Arbeiten vermitteln oder mathematische Kenntnisse auffrischen, unterstützen die beruflich Qualifizierten bei der Absolvierung eines Studiums. Die Bundesländer sollten die Master-Studiengänge insbesondere für Absolventen der 3. Ebene der Aufstiegsfortbildung öffnen.

- Teilzeit-Angebote der Hochschulen, zum Beispiel Kurse am Abend oder am Wochenende, sind für Berufstätige und Studierende mit Kindern notwendig. Hierzu gibt es bereits ein wachsendes Angebot privater Hochschulen. Die Landesregierungen sollten daher vor allem die staatlichen Hochschulen zum Ausbau des Angebots ermutigen. Dazu müssen den Hochschulen zugleich mehr rechtliche und finanzielle Spielräume gegeben werden, um neben dem Angebot für die klassischen Studierenden, ergänzend auch duale und berufsbegleitende Studiengänge anbieten zu können.
- Zur Steigerung der Mobilität der Studierenden sind flexible Möglichkeiten der Anrechnung von Studienleistungen zu schaffen - sowohl national als auch international. Die Anrechnung muss verlässlichen Kriterien folgen. Idealerweise sollte die Möglichkeit, eine ausländische Partner-Hochschule zeitweise zu besuchen, bereits im Studiengang integriert sein.
- Duale Studiengänge, die die Lernorte Hochschule und Betrieb miteinander verbinden, sind auszubauen. Dabei muss der betriebliche Anteil für den Erwerb von beruflichen Fähigkeiten ausreichend sein und den Standards einer regulären betrieblichen Ausbildung entsprechen.
- Es müssen mehr Studenten zu einem Abschluss geführt werden. Die Abbrecherquoten aus Leistungsgründen sind vor allem in den technischen Fächern zu hoch. In der Wirtschaft herrscht insbesondere in diesen Fächern ein Fachkräftemangel. Die Hochschulen müssen Verantwortung für den Studienerfolg übernehmen. Ziel muss es sein, möglichst vielen Studierenden zu einem Abschluss zu verhelfen, ohne die Qualität des Studiums zu verringern.
- Bei der Akkreditierung von Studiengängen muss die Arbeitsmarktbefähigung und die Anrechnung beruflicher Qualifikationen stärker berücksichtigt werden. Die Beurteilung und Anrechnung der Praxisphasen muss auf Augenhöhe mit der wissenschaftlichen Theorie in einem einheitlichen und transparenten Verfahren geschehen. Bei der Bezeichnung von Studiengängen ist darauf zu achten, dass diese für Unternehmen übersichtlich und eindeutig erkennbar sind.

Hochschule und Organisation

Die Autonomie der Hochschulen muss im Sinne des Wettbewerbs und der Freiheit von Forschung und Lehre gestärkt werden. Mehr Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen sind aber wichtig, denn die gemeinsame Arbeit in der Lehre ist ein Gewinn für alle Beteiligten. Die Hochschulen müssen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs besser mit Unternehmen zusammenarbeiten. Es müssen Anreize für eine enge nationale und internationale Vernetzung der Hochschulen ge-

schaffen werden, um übergreifende Herausforderungen wie den Fachkräftemangel oder den demografischen Wandel meistern zu können. Eine hochschulübergreifende Zusammenarbeit ermöglicht einen Erfahrungsaustausch und die Schaffung erfolgreicher Reformmodelle.

Potenziale:

- Die Hochschulautonomie muss konsequenter umgesetzt werden. Mehr Eigenverantwortung setzt für die Hochschulen Anreize, die Einnahmebasis zu verbreitern, z. B. durch Kooperationen mit Unternehmen.
- Über die Grundfinanzierung für die Hochschulen durch Bund und Länder hinaus können mittels von der Hochschule festgelegten Studiengebühren Investitionen in die Qualität getätigt und so der Wettbewerb zwischen den Hochschulen erhöht werden. Durch nachgelagerte, einkommensabhängige Studiengebühren können auch Personen ohne ausreichende finanzielle Mittel ein Studium aufnehmen. Nur so können Unternehmen bei begrenzten öffentlichen Haushalten auch weiterhin hervorragende Absolventen von deutschen Hochschulen erwarten.
- Das Verfahren, die Auswahl und die Zulassung zum Studium müssen nach einem einheitlichen, transparenten und effizienten Verfahren funktionieren. Dazu gehört auch, dass die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen können, um eine zielgerichtete Qualifikation von Fachkräften zu gewährleisten.
- Hochschulen müssen stärker in die Verantwortung für die Qualität ihrer Bildungsleistungen genommen werden, z. B. durch an Entwicklungsziele gebundene Mittelzuweisungen. Effizienter Ressourceneinsatz und exzellente Leistungen sollten bei Zuweisungen öffentlicher Mittel honoriert werden. Unzureichende Leistungen in der Lehre sollten ebenfalls Konsequenzen nach sich ziehen.
- Hochschulkarrieren müssen auch über den Weg herausragender Lehrleistungen möglich sein. Bei Neuberufungen darf Lehre nicht nur ein formales Kriterium sein – es muss neben der Forschung ein entscheidendes Kriterium werden. Die Entwicklung von Lehrkompetenzen sollte zum selbstverständlichen Instrumentarium der Personalentwicklung an Hochschulen gehören. Didaktische Kompetenzen von Hochschullehrern müssen permanent weiterentwickelt und Doktoranden von Anfang an didaktisch geschult werden.
- Hochschulen sollen ihr Profil selbständig entwickeln können und es an regionale Besonderheiten ausrichten. Eine Unterscheidung zwischen Universität und Fachhochschule ist in vielen Bereichen nicht mehr zeitgemäß. Universitäten sollten enger mit den wirtschaftsnahen Fachhochschulen zusammenarbeiten, um gemeinsame Ziele effizienter zu erreichen.

- An Hochschulen muss verstärkt für das Unternehmertum als Option für die spätere Lebensplanung geworben werden. Dazu ist eine stärkere Berücksichtigung in der Lehre notwendig. Gründerzentren an der Hochschule sollen die Studierenden bei ihren Gründungsvorhaben unterstützen.
- Kooperationen mit Unternehmen und außerhochschulischen Organisationen müssen gestärkt werden – ohne die Freiheit von Forschung und Lehre zu verletzen. Feste Ansprechpartner in Hochschulen und Unternehmen sollten den Aufbau von Partnerschaften koordinieren. Durch Mitarbeit in Hochschulräten, Studienräten oder Akkreditierungsverfahren können Unternehmer helfen, die Qualität der Ausbildung an Hochschulen zu verbessern und wichtige Hinweise für die Entwicklung von Hochschul- und Fakultätszielen liefern.
- Stipendienprogramme müssen ausgebaut werden, um eine Stipendienkultur in Deutschland unter Einbeziehung der Wirtschaft zu etablieren. Die Programme sollten so ausgestaltet werden, dass sie attraktiv für alle Beteiligten sind.
- Mentoringprogramme für Studierende tragen dazu bei, die Anforderungen der Unternehmen an die Absolventen transparent und erlebbar zu machen. Career Center helfen bei der Berufsorientierung und Mentoren aus den Unternehmen unterstützen die Studierenden bei speziellen Fragestellungen, wie z. B. Existenzgründung.